



PRESSEMITTEILUNG

Nr.372/GP

23.11.2023

Treffen von Gerlach mit Bundesärztekammer-Präsident Dr. Reinhardt in Berlin - Bayerns Gesundheitsministerin: Bundesregierung muss bei medizinischen Versorgungszentren handeln - Reinhardt: MVZ vor Einfluss fachfremder Finanzinvestoren schützen

Bayerns Gesundheitsministerin Judith Gerlach hat am Donnerstag in Berlin mit dem **Präsidenten der Bundesärztekammer (BÄK), Dr. Klaus Reinhardt**, über wichtige aktuelle Themen gesprochen. Dabei ging es auch um investorengetragene medizinische Versorgungszentren (iMVZ). Gerlach betonte: „Wir sehen hier übereinstimmend ein klares Risiko von regionalen Monopolstellungen einzelner Träger von medizinischen Versorgungszentren. Es besteht die Gefahr, dass sich die ambulante ärztliche Versorgung in den Ballungsräumen konzentriert und im ländlichen Raum schlechter wird.“

Gerlach erklärte: „Das muss im Sinne der Patientinnen und Patienten verhindert werden. Bayern hat deshalb im Mai die Bundesregierung mit einer Bundesratsinitiative aufgefordert, medizinische Versorgungszentren stärker zu regulieren. Passiert ist leider bislang nichts.“

BÄK-Präsident Reinhardt sagte: „MVZ sind eine wichtige und sinnvolle Ergänzung der ambulanten Versorgung, sie müssen vor Fehlentwicklungen durch den Einfluss fachfremder Finanzinvestoren geschützt werden. Die Bundesratsinitiative unter Federführung Bayerns sieht hierfür sachgerechte Regelungen vor. Der Antrag greift viele der Punkte auf, die die Bundesärztekammer in einem Positionspapier Anfang dieses Jahres unterbreitet hat. Jetzt ist das Bundesgesundheitsministerium am Zug, die angekündigte bundesgesetzliche Regelung endlich umzusetzen.“

Gerlach unterstrich: „Die Ärzteschaft und der Freistaat Bayern haben viele gemeinsame Interessen und Ziele. Das ist heute bei unseren Treffen erneut deutlich geworden. Ich bedanke mich für die Signale der Unterstützung, die BÄK-Präsident Reinhardt in unserem Gespräch gesendet hat. Wir haben unter anderem unsere Standpunkte zum aktuell wichtigen Thema der Krankenhausreform abgeglichen. Bayern dringt hierbei entschieden auf Nachbesserungen des Gesetzentwurfs, den Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach vorgelegt hat.“

Reinhardt fügte hinzu: „Die Ärztinnen und Ärzte warten seit Langem auf eine



nachhaltige Neuausrichtung der Krankenhausstrukturen. Diese Reform kann aber nur im Miteinander von Bund, Ländern und mit den Akteuren aus dem Gesundheitswesen gelingen. Die Ärzteschaft steht bereit, die Reform mit ihrer Fachkompetenz zu unterstützen.“